

Die Umverteilung geht ungebremst weiter – Zeit für eine breite Abwehrfront

Weder die Verbesserung der "Ertragslage" in den Unternehmen noch die steigenden Steuereinnahmen veranlassen Kabinett und Kapital, die Angriffe auf Beschäftigte und Erwerbslose einzustellen oder gar die "Lasten" anders zu verteilen. Im Gegenteil: Da die Abwehr meist gerade nicht gemeinsam erfolgt, sehen sich Kabinett und Kapital ermutigt, mit immer unverschämteren Forderungen und Gesetzesmaßnahmen die Profite weiter zu erhöhen und die sozialen Sicherungssysteme auszuhöhlen:

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit führt in der Realität schon in wenigen Jahren durch weitere Rentenabschläge zu einer drastischen Senkung der Renten. Wer kann bis 67 arbeiten?
- Bei der anstehenden Gesundheitsreform sollen wieder die Beschäftigten und speziell die Kranken durch erhöhte Zuzahlungen geschöpft werden. Der medizinisch-industrielle Komplex und v. a. die Pharmaindustrie werden weiterhin geschont und die Beiträge der Unternehmen zur Krankenversicherung tendenziell eingefroren bzw. gesenkt.
- Gerade die, die es besonders brauchen werden mit dem geplanten Elterngeld schlechter gestellt. So bekommen zum Beispiel Hartz-IV-Empfänger im Vergleich zum 2 Jahre lang gezahlten Erziehungsgeld dann ein Jahr lang bis zu 300 Euro weniger im Monat.
- Vor allem das so genannte "Optimierungsgesetz" zur Verschärfung von Hartz IV ist ein schwerer Schlag nicht nur für die unmittelbar Betroffenen: Die weitere Aushöhlung des Berufsschutzes, der Zwang bei Strafe von Leistungskürzungen jede Arbeit anzunehmen, und die Kürzungen bei Lebensgemeinschaften sind auch ein Disziplinierungsinstrument für diejenigen, die noch nicht erwerbslos sind.

Und als ob dies alles nicht genüge: Die jetzt geplanten steuerlichen Maßnahmen zielen auf noch mehr Abkassieren bei der lohnabhängigen Bevölkerung: Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzung der Pendlerpauschale, Kindergeld für Menschen in Ausbildung nur noch für bis zu 25-Jährige, Halbierung des Sparerfreibetrages.

"DGB-Chef lobt CDU und Merkel. Sommer beendet öffentliche Konfrontation" (FTD, 11.5.06)

In dieser Situation haben unsere Gewerkschaftsführungen, allen voran der **DGB-Vorsitzende Sommer**, nichts Besseres zu tun, als sich mit den Herrschenden zu arrangieren, statt den Widerstand zu organisieren. Was Sommer in der Financial Times Deutschland vom 11.5.06 erklärte, ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Mit anderen Worten: Jetzt will der DGB sogar öffentlich seinen Frieden mit der großen Koalition machen.

Es sind nicht nur die öffentlichen Äußerungen, die das Ausmaß der Angriffe vernebeln und die KollegInnen

entwaffnen. Es ist vor allem der mangelnde praktische Widerstand gegen die neoliberale Politik.

Es braucht einen Kurswechsel in den Gewerkschaften

Wenn sich bei uns was ändern soll, müssen die Kolleginnen und Kollegen, vor allem die Gewerkschaftsmitglieder, für eine andere Politik gewonnen werden, denn nur so können wir den weiteren Ausverkauf verhindern und mit der geballten Kraft einer durchsetzungsfähigen Organisation etwas erreichen. Wer z. B. einen Mindestlohn durchsetzen will, von dem mensch auch leben kann, der/die muss auch zum Kampf bereit sein. Die Rücksichtnahme auf die "Finanzierbarkeit" (durch den Staat) oder die "Wettbewerbsfähigkeit" der deutschen Industrie stellt faktisch die Kapitalinteressen über die Interessen der Lohnabhängigen und damit der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Haben es vor kurzem nicht die französischen StudentInnen und die abhängig Beschäftigten wieder einmal bewiesen, dass nur der eigenständige Kampf die unverschämten Angriffe abwehren kann? Nehmen wir uns ein Beispiel am Kampf der KollegInnen und der StudentInnen in Frankreich und bauen wir über den 3. Juni 2006 hinaus eine breite, gemeinsam kämpfende soziale Bewegung auf.

Für all dies brauchen wir allerdings eine bessere Vernetzung der Kräfte, die für einen Kurswechsel in den Gewerkschaften eintreten. Denn einzeln, oder isoliert an dem einen oder dem anderen Ort, werden wir uns gegen die Sommers und Schmoldts nicht durchsetzen können. Wir rufen deswegen alle engagierten GewerkschafterInnen auf, sich mit der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken in Verbindung zu setzen und laden ein zum nächsten Kongress der Gewerkschaftslinken.

Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Weitere Infos unter: www.labournet.de/GewLinke

Bundesweite Demonstration gegen die Politik der Großen Koalition

3. Juni 2006 13.00 Uhr Alexanderplatz Berlin
Weitere Infos unter: www.protest2006.de

Optimierung der Verfolgungsbetreuung

Das „Hartz IV“ genannte Gesetz soll noch vor der Sommerpause (am 2.6. in 2./3. Lesung im Bundestag) in 53 Punkten „optimiert“ werden. Der als "Optimierungsgesetz" bekannt gewordene Entwurf heißt zwar seit dem Kabinettsbeschluss "Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende" - am Inhalt ändert es nichts. „Optimiert“ werden soll nämlich:

1) die juristische Stellung der Arbeitsagenturen und ihres Ziels, möglichst viele Menschen aus dem Leistungsbezug hinauszudrängen, denn immer mehr Sozialgerichte und Datenschutzbeauftragte bestätigen, dass die Behandlung der Erwerbslosen rechtswidrig ist. Nun soll also die Rechtsprechung an die rechtswidrige Praxis angepasst werden.

2) die finanzielle Lage des Bundes zu Lasten der Anspruchsberechtigten. Breit medial begleitet mit einer offensichtlichen Lüge eines drastischen Einsparbedarfs (denn in Wirklichkeit erwirtschaftet die BA durch Abschreckung, unterlassene Förderung und Sperrzeiten schon jetzt Überschüsse von mind. 4 Mrd. Euro) sollen etliche Änderungen bewirken, dass noch weniger Erwerbslose als bisher überhaupt Arbeitslosengeld bekommen.

3) die pauschale Missbrauchsunterstellung durch „optimierte“ Kontrolle und Sanktionen.

Die wichtigsten der geplanten Verschärfungen sind: Abschreckung durch „Sofortangebot für Kunden ohne bisherigen Leistungsbezug“. Damit gemeint ist, potenziellen Antragstellern zunächst eine „Maßnahme“ anzubieten, bevor sie einen Antrag ausgehändigt bekommen, geschweige denn Leistungen erhalten.

➤ Drastische Verschärfungen bei Sanktionen bis in die Unterkunfts-kosten und strengere Unterhaltsregeln.

➤ Umkehrung der Beweislast bei der eheähnlichen Gemeinschaft.

➤ Verschärfte Ausspitzelung von SGB II - Beziehern durch Verankerung eines Außendienstes zur Durchführung von Hausbesuchen, Ausweitung der Telefonkontrollen und erleichterten Datenabgleich der Behörden bis hin zu Finanzbehörden und KFZ-Bundesamt.

➤ Reduktion von Unterkunftskosten auf die bisherigen Kosten, wenn ohne Zustimmung des Leistungsträgers umgezogen wurde.

Immer noch ist darin offener Rechtsbruch enthalten, so beispielsweise beim Umgang mit der eheähnlichen Gemeinschaft oder wenn die Sofortangebote zur Leistungsverweigerung mutieren.

Doch wer immer noch glaubt, ihr/sein Arbeitsplatz sei sicher und die Gefahr einer derartigen Behandlung gering, sei versichert, dass es auch damit dem Kapital nicht genug ist, denn demnächst geht es darum, „arbeitsfähigen“ Leistungsbezieher die Regelleistungen weiter zu kürzen, um so „einen Anreiz zur Aufnahme niedrig entlohnter Tätigkeiten zu schaffen“ (Alexander Gunkel /BDA). Und langfristig soll dieses staatlich finanzierte Lohndumping durch entrechtete 1-Euro-Jobs und Kombilöhne lediglich als „trojanisches Pferd“ (Shihl/DIHT) für echte Niedriglöhne dienen!

Niemand kann also behaupten, nicht betroffen zu sein!

Bedingungsloses Grundeinkommen / Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde

Die Forderung nach einem **bedingungslosen Grundeinkommen** für alle ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfung findet unter Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und kleinen Selbständigen mehr Anhänger als früher. Das verwundert nicht. Ihre Existenzunsicherheit hat zugenommen. Sie sehen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen als Alternative zu Hartz IV an. Den immer härteren Bedingungen, die Kapital und Staat an Alg II-BezieherInnen stellen, jede Arbeit anzunehmen, mit weniger Geld auszukommen und nachzuweisen, dass man "wirklich bedürftig" ist, setzen sie die Forderung entgegen, eine auskömmliche Summe Geld ohne jede Bedingung vom Staat zu erhalten. In der Tat sind die im SGB II bestehenden Arbeitszwänge und Bedürftigkeitsprüfungen nicht akzeptabel.

Die **Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken** tritt dafür ein, dass in einem ersten Schritt Richtung existenzsicherndem Grundeinkommen der Eckregelsatz von Alg II von 345 Euro auf mindestens 500 Euro erhöht wird. Für diejenigen, die das Kapital nicht mehr braucht, sind die staatlichen Arbeitszwänge tatsächlich sinnlos.

Für die noch in Arbeit befindlichen muss die Höhe des Mindestlohns sich daran orientieren, was Lohnab-

hängige in Deutschland mindestens zum Leben brauchen, nicht an den Profitraten des Kapitals.

Die **Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken** tritt für die Forderung nach mindestens **zehn Euro** pro Stunde ein. Das entspricht bei einer 38,5 Stunden-woche 1.670 Euro brutto oder 1.100 Euro netto.

Es wird Zeit, unsere Forderung von zehn Euro möglichst weit zu verbreiten. Die Situation ist günstig. In der Bundesregierung steht eine Entscheidung an. Es gilt, diese Forderung innerhalb der **Mindestlohn-kampagne** offensiv zu vertreten, sie mit Tarifkämpfen zu verbinden, sie in Betrieben zu popularisieren und in der Sozialen Bewegung.

Der gesetzliche Mindestlohn nützt vor allem Frauen, Jüngeren, ausländischen Lohnabhängigen und Personen ohne Berufsausbildung, also den unteren Schichten der Lohnabhängigen. Er ist eine scharfe Waffe dagegen, Erwerbslose mit Hartz IV als Lohndrücker zu nutzen. Denselben Zweck dient auch die Forderung nach einer Erhöhung des Alg II-Regelsatzes von 345 auf mindestens 500 Euro. Beide Forderungen gehören zusammen.

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt / Tel: 06182/782306
HKroha@t-online.de / Redaktionsschluss: 22. Mai 2006